

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/194

Bonn, den 11. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |  | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|--|----------------|
| 1 - 2         | <u>Der Raumordnungsbericht</u><br>Nun müssen Zagen folgen<br>Von Werner Jacobi, MdB  | 65             |
| 3             | <u>Immer mehr Aufgaben für Erhard</u><br>Bonn im Kreuzfeuer zwischen Paris und Washington  | 21             |
| 3             | <u>Gepflegtes Mißtrauen</u><br>Die USA und die Bundesrepublik  | 26             |
| 4 - 8         | <u>Aufgaben der deutschen Entwicklungshilfe</u><br>Verlagerung der Kriegsschauplätze<br>Möglichkeiten und Perspektiven eines deutschen Beitrags<br>zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in der Welt<br>Von Hellmut Kalbitzer, MdB | 212            |

Chefredakteur Günter Markscheffel

Der Raumordnungsbericht

Nun müssen Taten folgen  
Von Werner Jacobi, MdB

Anlaßlich der Einbringung des Gesetzentwurfes zur Raumordnung, durch Abgeordnete aller Parteien aus den Reihen der Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft, wurde die Bundesregierung zu Beginn dieses Jahres durch einen einstimmigen Beschluß des Bundestages aufgefordert, bis zum 1. Oktober 1963 einen Bericht zu Fragen der Raumordnung vorzulegen. In ihm sollten die bei der räumlichen Entwicklung des Bundesgebietes zugrunde zu legenden Tatsachen (Bestandsaufnahme, Entwicklungstendenz), die zu erwartenden Auswirkungen zwischenstaatlicher Verträge auf die räumliche Entwicklung des Bundesgebietes, in Sonderheit dessen regionale Wirtschaftsstruktur, die von der Bundesregierung angestrebte räumliche Entwicklung des Bundesgebietes und die in dieser Wahlperiode geplanten raumpolitischen Maßnahmen dargestellt werden.

Dieser Bericht liegt nunmehr vor. Er bietet eine Fülle von Materialien an und bedarf angesichts der Vielschichtigkeit der in ihm angesprochenen, z.T. jedoch auch übergangenen Probleme einer sorgfältigen Prüfung. Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß das Bemühen um eine sachlich-fachliche Behandlung der gestellten Fragen überwiegt. Dies gilt offensichtlich selbst dort, wo bisherige offiziöse Äußerungen mehr als einmal eine vorurteilsfreie Befassung mit den Problemen, besonders denen der Ballungsräume, vermissen ließen. Andererseits sind die Ursachen unserer vielfach mangelhaften Raumordnung an vielen Stellen des Berichtes nur angedeutet. Völlig fehlt eine selbstkritische Stellungnahme zu den Unterlassungen, die sich der Bund selbst in mancherlei Hinsicht vorbehalten lassen muß. Hierzu gehört eine zwölfjährige Entschlußlosigkeit der Bundesregierung, die Fragen einer Bundesraumordnung überzeugungskräftig und nachdrücklich zur Diskussion zu stellen, das mangelnde Interesse der einzelnen Bundesressorts an der Koordinierung raumrelevanter Maßnahmen und das Sichbegnügen mit einem unzulänglichen Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Länder, aber ebenso das Gleitenlassen von Entwicklungen, die in ihren materiellen Auswirkungen raumordnungspolitische Störungen mit verursacht haben. Als ein Beispiel sei hier nur der bewußte und gewollte Verzicht auf bodenpolitische Ordnungsmaßnahmen erwähnt. Ebenso gehört hierher die Vernachlässigung zahl-

reicher Gemeinschaftsaufgaben, die, unabhängig von dem unfruchtbaren Streiten über verfassungsrechtliche Zuständigkeitsfragen zwischen Bund und Ländern, des Zusammenwirkens aller direkt und indirekt Beteiligten bedürfen.

Die unter der Überschrift "Die Entwicklungsziele" im Raumordnungsbericht wiedergegebenen, von der Konferenz für Raumordnung des Bundes und der Länder übernommene Fassung neuer Grundsätze hilft möglicherweise ein wenig weiter. Wenn es in ihnen heißt, daß die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die kulturellen Einrichtungen in denjenigen Gebieten verbessert werden sollen, in denen die Lebensverhältnisse in ihrer Gesamtheit im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind, dann kann man einer solchen These sicherlich zustimmen. Sie ist realer als die Phrase vom Ausgleich des sozialen und kulturellen Gefalles. Dasselbe gilt von der These, daß in Gebieten mit einer übermäßigen Verdichtung von Bevölkerung und Arbeitsstätten (überlastete Verdichtungsräume) Maßnahmen zur Strukturverbesserung ergriffen werden sollen. Auch das ist ein anderer Ton als der, den wir bisher von Entballungsideologen mehrfach haben hören müssen.

Wir vermerken gern, daß im Bericht die Absicht der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht wird, "in ihrer Raumordnungs politik den positiven, die Entwicklung in bestimmten Räumen fördernden Maßnahmen den Vorzug zu geben und den der Bewahrung bedürftigen Räumen und Kräfte Schutz zu gewähren."

Es wird abzuwarten sein, ob die praktische Politik der Regierung dem tatsächlich entsprechen wird. Vorläufig scheint uns dieses am Platze, auch wenn wir die verheissungsvollen Sätze lesen: "Der Bund trägt in angemessener Weise für die Entfaltung der einzelnen Teile des Bundesgebietes Sorge. Diese Verpflichtung schließt die Förderung von Maßnahmen ein, die geeignet sind, strukturelle Schäden abzubauen."

Es wird darüber zu wachen sein, ob solchen Worten in absehbarer Zeit auch die Taten folgen.

+ + +

Immer mehr Aufgaben für Erhard

Bonn im Kreuzfeuer zwischen Paris und Washington

sp - Es ist dem französischen Außenminister in Washington nicht gelungen, die zur Zeit zwischen den USA und Frankreich bestehenden Meinungsverschiedenheiten auch nur einigermaßen zu überbrücken. De Gaulle will nichts von einer gemeinsamen westlichen Atombewaffnungsstrategie wissen; er will so schnell wie möglich seine eigene Atombewaffnung vollenden. Die Folge davon ist, daß in den USA immer mehr Stimmen laut werden, die Kennedy empfehlen, Herrn de Gaulle Europa allein schützen zu lassen. Jede Zietracht im westlichen Lager wirkt sich natürlich auch unmittelbar auf die Position der Bundesrepublik aus. Im Falle der Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und Paris umso mehr, als man von uns ja in Frankreich erwartet, daß wir aufgrund des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages Herrn de Gaulle Hilfestellung leisten. Tun wir dies nicht, dann müssen wir mit einer erheblichen Abkühlung des Verhältnisses Bonn - Paris rechnen und zu allen Überflüssen auch noch in den USA immer mehr gedrängt werden dürften, uns zwischen Paris und Washington zu entscheiden. Der designierte Bundeskanzler Prof. Erhard steht vor keiner leichten Aufgabe. Wir empfehlen ihm, sich die vom Bundestag einstimmig gebilligte Präambel des deutsch-französischen Vertrages genau anzusehen. Dort findet er vielleicht den Schlüssel zur Öffnung jener Türen, die man uns möglicherweise bald vor der Nase zuzuschlagen gedenkt.

+ + -

Gepflegtes Mißtrauen

Die USA und die Bundesrepublik

sp - Gezeiten in der Bundesrepublik antiamerikanische Ressentiments? Diese Frage ist nicht unberechtigt. Ein Blick auf verschiedene, sogar dem Regierungslager recht nahstehende Publikationsorgane bestätigt sie. Eine große Wochenzeitung betitelt ihren Aufmacher mit "Sirenenklänge aus Washington" und verknüpft ihn mit der Mahnung, die deutsche Politik solle sich angesichts der Entspannungsbemühungen von Washington ab und mehr Paris zuwenden - ein Ratschlag, der, würde er befolgt, tödlich für die Existenz der Bundesrepublik und die Freiheit Berlin-West wäre. Aus jeder Zeile des besagten Artikels wuchert das Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten, ein Mißtrauen, das freilich von allerhöchster Seite eifrig mitgepflegt wird. Wie entfernt sind jene Zeiten, in denen zwischen dem adenauer'schen Bonn und Washington die reinste Harmonie herrschte und nicht der Schatten eines Zweifels an der gegenseitigen Bündnistreue bestand. Heute erleben wir das erregende Schauspiel, daß Bonner Architekten dieses Bündnisses selbst mit der Axt an dessen Wurzeln herangehen, Zweifel an die Redlichkeit Washingtons ausstreuen und eine böse Saat des Mißtrauens verbreiten. Die im solchen Zusammenhang oft gehörte Beschuldigung, die Kennedy-Regierung wäre "weich" geworden, sie sei bereit, auf Kosten deutscher Interessen sich mit den Russen zu arrangieren, gehe unbedacht mit der Sicherheit der Bundesrepublik und Europas um, muß wiederum verbitternd jenseits des Ozeans wirken. Die bisher von Washington und Moskau abgeschlossenen Abkommen haben in keiner Weise deutsche Interessen geschädigt, sie gingen nicht auf Kosten der Bundesrepublik. Wissen die Anti-Amerikaner, was sie tun und was sie anrichten? Sie spielen die Karte russischer Deutschlandpolitik.

+ + +

- 4 -

## Aufgaben der deutschen Entwicklungshilfe

### Verlagerung der Kriegsschauplätze

Von Hellmuth Kalbitzer, MdB

Wenn es richtig ist, daß sich die unmittelbare Kriegsgefahr in Europa verringert hat, weil man in Moskau und Washington gleichermaßen weiß, im "Ernstfall" würde Europa Selbstmord begehen müssen, und auch die USA und die UdSSR wären unvorstellbaren Zerstörungen ausgesetzt, dann ist es ebenso richtig, daß sogenannte kleine Kriege ständig das im Augenblick bestehende "Gleichgewicht des Schreckens" verändern können.

Seitdem die Atombombe 1945 auf Hiroshima geworfen wurde, ist die Kette der Kleinkriege nicht abgerissen. Alle diese Kleinkriege werden in Entwicklungsländern ausgekämpft. Wenn auch zeitweise die Waffen ruhen, geht der Kampf doch weiter. Der chinesisches-indische Grenzkonflikt dauert an, und die Krise um Kuba schwellt weiter. Unterliegt Indien, so wird früher oder später ganz Asien mit der erdrückenden Mehrzahl der Menschheit militant anti-europäisch. Kuba liegt wie ein Flugzeugträger vor der amerikanischen Küste und droht das gesamte strategische amerikanische Atompotential zu paralysieren. In beiden Fällen - in Indien und in Kuba - würde eine Wendung der dortigen Konflikte zu Gunsten der Kommunisten die entscheidende Schwächung der westlichen Welt bedeuten. Die NATO wäre von hinten aufgerollt und die deutsche Verteidigung, die sich selbstverständlich auf die Abwehr eines Angriffs in Europa konzentriert, stünde dann einem Gegner gegenüber, der inzwischen längst die Entscheidungsschlachten zu seinen Gunsten an ganz anderen Frontabschnitten und mit völlig anderen Waffen herbeigeführt hätte als die, auf deren Abwehr sich heute die deutsche Verteidigung vorbereitet.

Wir können gewiß weder die eigenen konventionellen Verteidigungsmaßnahmen vernachlässigen, noch Bündnisverpflichtungen aufgeben, die den Bestand einer freiheitlichen deutschen Demokratie in der weltpolitischen Auseinandersetzung sichern helfen. Aber auch der kommunistischen Herausforderung, einige Entwicklungsländer in den kommunistischen Block einzubeziehen, muß von uns mit entsprechenden Mitteln begegnet werden. Dabei kommt es nicht darauf an, die Entwicklungsländer in einem "anti-kommunistischen Block" zusammenzufassen, was schließlich im Neo-Kolonialismus enden müßte, sondern ihnen tatkräftig zu helfen, sich zu modernisieren, damit sie sich selbst in der Welt behaupten können.

\* \* \*

Die seit 1945 wirklich geführten Kriege sind von ganz anderer Art als die von der NATO und der Bundeswehr in Rechnung gestellten. Es sind meistens subversive Kriege, Kriege, die oft als Bürgerkriege beginnen und eine objektiv revolutionäre Lage, gegeben durch das Massenelend in den Entwicklungsländern, ausnutzen. Die Sowjetunion und China versuchen, diese Krisen für ihre Zwecke in anti-westliche Kleinkriege umzuwandeln. Der subversive Krieg bringt völlig neue militärische Probleme. Er wird teilweise von Partisanen geführt und Ideologien und Propaganda sind oft seine wichtigste Munition.

Auch stellt er den Westen vor eine ganz neue politische Initiative: Sollen im subversiven Krieg Erfolgchancen gegeben sein, muß die objektiv gegebene revolutionäre Lage erkannt und bejaht werden durch eine revolutionäre Alternative zu der des Gegners. Das hatte die amerikanische Regierung unter Eisenhower nicht begriffen, obwohl eindringliche Hinweise aus den eigenen Reihen vorlagen. So haben sich die Amerikaner in Südasien und Lateinamerika auf die Seite der Feudalherren gestellt, anstatt dem kommunistischen Agrar-Kollektiv-Programm ein freizeitliches Agrar-Reform-Programm entgegenzustellen. In allen Entwicklungsländern steht das Agrarproblem im Vordergrund des Interesses, weil dort die Massen auf dem Dorf leben. Das kommunistische Agrarprogramm der Kollektivierung ist nirgendwo anziehend. Deshalb hat auch Lenin die revolutionären russischen Massen 1917 mit dem Programm "Land für die Bauern" gewonnen - nicht mit Kolchosen.

Es ist der faulste Trick der Feudalherren - seien es Madame Nhu in Süd-Vietnam oder seien es brasilianische Facenderos - die Forderungen der hungernden landlosen Bauernmassen nach eigenem Land als "kommunistische Propaganda und Infiltration" abzutun. Wer auf diesen Trick hereinfällt - und der Westen fiel bisher fast immer darauf herein - unterstützt die falsche Seite und treibt die Massen Adiens den Kommunisten in die Arme, denn es ist naiv zu glauben, hungernde Bauern mit dem kommunistischen Gott-sei-bei-uns ebenso schrecken zu können wie saturierte Bauern in Westeuropa.

Die Kennedy-Regierung versucht, sich von ihren falschen Freunden, den Feudalherren in den Entwicklungsländern, zu trennen, kann aber beispielsweise in Süd-Vietnam kaum die Pferde mitten im Strom wechseln.

\* \* \*

Da die gegenwärtige weltpolitische Lage durch die nachlassende akute Kriegsgefahr in Europa gekennzeichnet wird, erhalten im Gegenzug hierzu die Konflikte in den Entwicklungsländern zunehmende weltpolitische Bedeutung. Wie trägt die deutsche Politik diesen Gewichtsverlagerungen Rechnung?

"Entwicklungshilfe ist weltweite Sozialpolitik". Dieser Ausspruch des Entwicklungsministers Schaefer ist ebenso richtig, wie der seines Staatssekretärs, daß in Lateinamerika erst einmal die soziale Revolution ausgelöst werden müßte, ehe Entwicklungshilfe dort nachhaltigen Erfolg haben könne. Leider stehen diese Erkenntnisse in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit der deutschen Entwicklungspolitik.

Die letzte Regierung Adenauer vereinbarte 1961 ein neues Konzept der Entwicklungspolitik und erklärte ihren Willen, jährlich ein Prozent des deutschen Sozialprodukts, das sind 1963 etwa drei Milliarden DM, für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Ein neues Ministerium wurde mit dieser Aufgabe betraut, und die Finanzbewilligungen des Bundestages stiegen sprunghaft von 750 Millionen im Jahre 1960 auf 4,1 Milliarden im Jahre 1961. Von diesem Höhepunkt sanken seitdem die Bewilligungen zurück auf drei Milliarden in 1962 und 1,5 Milliarden DM in 1963 (in runden Zahlen). Es besteht offenbar die Absicht, die Leistungen 1964 weiter sinken zu lassen.

Andererseits steigen die Leistungen für den Bundeswehretat jährlich um etwa drei Milliarden DM und erreichten 1963 19,5 Milliarden DM mit der Tendenz, 1964 auf etwa 22 Milliarden DM zu klettern.

Während sich seit Jahren die akute Kriegsgefahr von Europa fort und zu den Entwicklungsländern hin bewegt, verhält sich die Bundesregierung sinnwidrig, indem sie ihre Kräfte fast ausschließlich auf die europäische militärische Verteidigung konzentriert und die Leistungen zur Sicherung des Friedens in den Entwicklungsländern vernachlässigt.

Wenn die Politik, 1961 rund vier Milliarden DM für die Entwicklungshilfe aufzubringen, richtig war, dann müßte diese Politik weitergeführt werden, sonst wäre sie eine ungeheure Verschwendung:

Ich halte diese Politik von 1961 für richtig, wohl wissend, daß die Öffentlichkeit skeptisch über die Erfolge der Entwicklungshilfe denkt. Die Fragen nach dem Erfolg sind durchaus berechtigt und Fehlleistungen sind nicht abzustreiten. Aber alles zusammengenommen haben die deutschen Leistungen der Entwicklungshilfe Erfolg gehabt, nicht nur für die Lage in den Empfängerländern, sondern auch für die politischen Beziehungen zwischen diesen Ländern und uns; und sicherlich sind die Pläne der Entwicklungshilfe nicht vor dem gigantischen Ausmaß wie die militärischen U-Boot- oder Starfighter-Programme.

\* \* \*

Auf der negativen Seite der deutschen Entwicklungshilfepolitik steht an vorröster Stelle der unleidliche Kompetenzstreit der Bonner Ministerialbürokratie, welches Ministerium für Entwicklungshilfe letztlich zuständig sei. Das Entwicklungsministerium wurde nicht zuletzt gegründet, um diesen Laokoon-Kampf zu beenden und System in dieses Gebiet der Politik zu bringen. Konnte die Bonner Regierung bis 1961 noch zu ihrer Entschuldigung vorbringen, daß man in der Entwicklungspolitik Neuland betrete, so kann man heute sagen, daß, seitdem das neue Ministerium mit Hilfe einer Reihe guter Fachleute eine Übersicht über Umfang und Inhalt der Aufgaben bekommen hat, das ist der Erfolg des neuen Ministeriums. Aber damit entfällt auch die alte Entschuldigung, man kenne sich noch nicht aus.

Das Zuständigkeitsdurcheinander ist seit 1961 um nichts geringer geworden und ist kein Zeichen von Unkenntnis, sondern der Intrigen und des "Kachthungers" der Ämter. Zu dem Streit um die Zuständigkeiten ist nur ein neuer Konkurrent hinzugegetreten, eben dieses neue Ministerium, das das alte Dilemma überwinden sollte. Das Schlimmste ist, die Durchführung der einzelnen Vorhaben in den Entwicklungsländern ist um nichts beschleunigt worden; die Vorhaben, die seit zwei Jahren allseits begrüßt, empfohlen und als notwendig bezeichnet werden, harron nach wie vor der Inangriffnahme. In anderen Fällen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die eine Bonner Instanz sich nur deshalb querlegt, weil die andere es befürwortet hat. Im Hinblick auf die unterentwickelten Länder ist die Bonner Bürokratie überentwickelt.

\* \* \*

Der dem Parlament und der Öffentlichkeit für diese Fragen verantwortliche Minister Scheel hat es trotz des sicherlich guten Willens in den zwei Jahren während seiner Amtszeit leider nicht erreichen können, Wegweiser der Bürokratie zu werden; er ist ihr Opfer geworden.

Die Entwicklungsbürokratie, deren Pflicht die ordnungsgemäße Verwendung der ihr anvertrauten öffentlichen Gelder ist, versteht diese Aufgabe dahin, diese Gelder fast ausnahmslos in eigener Regie zu verwenden. Obwohl die Bundesregierung die Förderung der privaten Initiative in allen Lebensbereichen auf ihr Penier geschrieben hat, ist hiervon bei der Entwicklungshilfe kaum etwas zu merken. Dabei sind gerade auf diesem Gebiet die privaten Organisationen unentbehrlich, handelt es sich doch darum, unter oft schwerster menschlichen Bedingungen in unzivilisierten Gebieten völlig unkonventionelle Maßnahmen durchzuführen, wie bei der Errichtung und Betreibung von Schulen, Musterwerkstätten, -Siedlungen und -Gütern oder Sozialeinrichtungen. In der praktischen Arbeit sind die deutschen Lehrer, Ingenieure und Helfer von der deutschen Verwaltungszentrale durch Kontinente getrennt und auf sich selbst gestellt. Nur unbürokratisch geführte Organisationen können hier ohne allzu große Reibungsverluste erfolgreich sein.

Die Reichshaushaltsordnung, die die Art der Bewirtschaftung öffentlicher Gelder vorschreibt, kann naturgemäß für diese Form der Mittelverwendung nicht ausreichen. Weder sind die Verwendungsfristen (meistens das Etatsjahr) noch die Verwendungsnachweise nach diesem Schema zu erledigen. Das spricht gar nicht gegen die Reichshaushaltsordnung, die ja für ganz andere Umstände konstruiert wurde. Eine besondere Haushaltsordnung für die Entwicklungshilfe ist deshalb dringend erforderlich.

\* \* \*

Soweit nicht-staatliche Organisationen öffentliche Zuschüsse für eigene Hilfsmaßnahmen in Entwicklungsländern erhalten, gehen diese bisher fast ausschließlich an die Kirchen, davon fast 90 Prozent an die katholische Kirche. Dort, wo sich die Kirchen in den Empfängerländern öffentlicher Sympathie erfreuen, wie in Lateinamerika, hat diese Regelung einen Sinn. Aber in vielen Ländern treffen die christlichen Kirchen nicht auf die Zustimmung der Bevölkerung; statt dessen sind dort Genossenschaften und Gewerkschaften oftmals entscheidende Organisationen der modernen Entwicklung. Deshalb müssen diese Organisationen in gleichem Maße für ihre Aktivitäten in den Entwicklungsländern ausgestattet werden.

Die Bundesregierung ist bisher den Beweis schuldig geblieben, daß sie bereit sei, alle seriösen deutschen Hilfsmaßnahmen in Entwicklungsländern, einerlei, welche Gruppe der Träger ist, wohlwollend zu unterstützen.

\* \* \*

Die bevorstehende Wahl Erhardes zum Bundeskanzler gibt die Möglichkeit, deutscherseits mit der Entwicklungshilfe endlich Ernst zu

machen; zumal Erhard sich seit Jahren für diese Fragen interessiert, wenn er auch bisher wohl nur der wirtschaftlichen Seite der Gesamtfrage die nötige Beachtung schenkte.

Für den neuen Bundeskanzler gilt es, drei Punkte zu erkennen:

1. Die weltpolitische Entwicklung bringt gegenwärtig ein abnehmendes akutes Kriegsrisiko in Europa mit sich. Für die deutsche Sicherheit steigt damit die Bedeutung des Weltfriedens, der besonders in den Entwicklungsländern wegen des dort herrschenden Massenelends gefährdet ist.

Deshalb ist der Entwicklungspolitik der wichtige Platz wieder einzuräumen, den die Bundesregierung 1961 schon einmal für kurze Zeit angestrebt hat.

2. Der gordische Knoten, in den sich der bürokratische Streit um die Zuständigkeit auf diesem Gebiet verstrickt hat, muß durchgeschlagen werden, um damit die Aktionsfähigkeit ganz entscheidend zu beschleunigen und zu verstärken. Die Entwicklungsbürokratie muß in ihre Schranken verwiesen werden.
3. Die privaten Aktivitäten der Entwicklungshilfe müssen in starkem Maße ermuntert werden, und zwar für alle Gruppen, die bereit und in der Lage sind, zu helfen.

Die krisenhafte Zuspitzung in vielen Entwicklungsländern ruft nach weitvergehender deutscher Aufbauhilfe. Die reichen Länder haben die landwirtschaftliche und industrielle Möglichkeit, den Hunger in der Welt innerhalb einer Generation zu überwinden.

Wenn wir schnell geben, geben wir doppelt !